

KURZ UND PRÄGNANT

Neuberechnung der Hart-IV-Regelsätze

Die Zahl von 350.000 Menschen in Thüringen, die an oder unterhalb der Armutsgrenze leben, sei „erschreckend hoch“. Das gelte auch im Vergleich mit anderen Bundesländern, so die Sozialpolitikerin der Linksfraktion, Karola Stange, zum kürzlich veröffentlichten Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Gründe für die hohe Zahl an armen Menschen in Thüringen sieht die Abgeordnete vor allem in den Auswirkungen „einer verheerenden Politik auf Bundesebene“. Hartz IV sei nicht existenzsichernd. Auch die von der CDU in Thüringen über viele Jahre betriebene Niedriglohnstrategie wirke bis heute negativ nach. „Die völlig verfehlte Politik der CDU, in einem Niedriglohnland Thüringen einen zweifelhaften ‚Standortvorteil‘ zu sehen, stellt eine schwere Hypothek dar.“ Karola Stange bestärkt die rot-rot-grüne Landesregierung darin, sich auf Bundesebene für eine Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze stark zu machen. „Wir müssen weg von dem untauglichen Statistikmodell, das Armut und soziale Ausgrenzung verfestigt, hin zu einer Orientierung am tatsächlichen Bedarf.“ Das sei aktive Armutsbekämpfung. Sie regte an, den Armutsbericht zum Thema im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit des Landtags zu machen. ■

Erfahrungen mit VS-Spitzeln unheilvoll

Äußerungen des Thüringer Präsidenten des Amtes für Verfassungsschutz, Stephan Kramer, „im rechten Bereich unsere V-Leute-Basis“ wiederaufzubauen, hat MdL Steffen Dittes entschieden zurückgewiesen. „Herr Kramer ist nicht in der Position, Vereinbarungen der Koalition aufzukündigen. Die Basis seiner Amtsübernahme bleibt der Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün. Sollte Kramer anderer Meinung sein, ist der Innenminister gefordert, seine Personalentscheidung zu überdenken“, so der LINKE-Politiker. Er verweist auf die unheilvollen Erfahrungen mit staatlich bezahlten Spitzeln. Durch diese sei die neonazistische Szene nicht nur aufgebaut und geführt worden, an ihnen sei sogar das erste beantragte NPD-Verbot vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Es komme nicht von ungefähr, dass das Bundesverfassungsgericht jetzt erklärt habe, dass ein mögliches Verbot diesmal nicht an einer unterstellten Staatsnähe scheitern wird, nachdem der Bund und die Bundesländer erklärt hatten, keine V-Leute mehr in Funktionen der NPD zu führen. ■

Thüringer Solidarität mit den Menschen in Kobane

Was im Herbst 2014 mit der persönlichen Unterstützung von Bodo Ramelow und der Linksfraktion im Thüringer Landtag für die Initiative „Weimar hilft“ begann, setzt sich jetzt fort mit weiteren konkreten Hilfsmöglichkeiten aus Thüringen für den Wiederaufbau des weitgehend vom Islamischen Staat (IS) zerstörten kurdischen Kantons Kobanê in Nordsyrien.

An einem Pressegespräch dazu bei der LINKEN im Thüringer Landtag nahmen neben Ministerpräsidenten Bodo Ramelow die Sprecherin für Flüchtlingspolitik der Fraktion, Sabine Berninger, teil sowie Jürgen Klute (LINKE), ehemaliges Mitglied des europäischen Parlaments, Sipan Ibrahim von der Initiative Help Kobane und Meike Nack von der Stiftung der Freien Frauen in

Rojava (siehe Foto). Damit die Menschen in Kobanê wieder leben und eine Perspektive haben können, unter ihnen auch zahlreiche Flüchtlinge aus ganz Syrien, brauchen sie wirksame Hilfe, für die vor allem Sipan Ibrahim und Meike Nack warben. So zum Beispiel für die Waisenkinder von Kobanê, denen die Freien Frauen von Rojava mit einem Ort des Lebens und des Lernens eine Zukunft geben wollen. Weitere, ebenfalls über einen längeren Zeitraum notwendige Unterstützung wäre auch über Schulprojekte möglich. Die Thüringerinnen und Thüringer sind zur Solidarität aufgerufen, bei der es nicht nur um die materielle Seite geht.

Die Kurden in der Region Rojava stehen in besonderer Weise für die Verteidigung von Menschen-, Minderheiten- und Frauenrechten. Es werde dort eine „andere Form demokratischer Kultur

gelebt, was hier weitgehend unbekannt ist“, hatte Bodo Ramelow unterstrichen und sich zugleich für eine autonome kurdische Region in ihren Gebieten in Syrien, dem Irak und der Türkei ausgesprochen. Die Türkei müsse aufhören, einen Krieg gegen die Kurden zu führen, und er würde sich freuen, wenn sich Deutschland dafür einsetze, die PKK von der Terrorliste zu streichen. Für den friedlichen Prozess in der Region „sehen wir uns in der Pflicht, die Zivilgesellschaft und ‚Help Kobane‘ zu unterstützen“, betonte der Ministerpräsident und kündigte an, anlässlich des Newroz-Festes, des kurdischen Neujahrsfestes, das am 21. März begangen wird, einen Empfang in der Staatskanzlei in Erfurt zu geben.

Informationen für Hilfsbereite:
<http://helpkobane.com/de>
<http://www.weqfajinaazad.org> ■



Kritik an neuer Asylrechtsverschärfung

Zum am 25. Februar im Bundestag beschlossenen Asylpaket II erklärte MdL Sabine Berninger: „Diese Regierungsmehrheit liefert erneut die Begleitmusik zu den wöchentlich stattfindenden rassistischen Protesten, zu einer extremen Steigerung ausländerfeindlicher Straftaten. Parallelen zu den 90er Jahren, als sich am 26. Mai 1993 mit dem sogenannten Asylkompromiss von einem, auf Menschenrechten basierenden Asylrecht verabschiedet wurde, drängen sich förmlich auf. Vier Tage später starben bei einem rechtsextremen Brandanschlag in Solingen fünf Menschen.“ Auch 23 Jahre später habe die Bundesregierung hieraus nichts gelernt. „Clausnitz und Bautzen, nicht zuletzt der Rücktritt des Menschenrechtsbeauftragten Strasser, hätten Anlass sein können für eine Abkehr von dieser Anti-Asylpolitik.“

Flüchtlingsinitiativen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände warnen in ihren Stellungnahmen eindringlich vor den Folgen dieser neuerlichen Asylrechtsverschärfung. „Durch diese werden sich nicht nur die fälschlich als ‚Asylkritiker‘

bezeichneten Rassisten bestärkt fühlen, sie ist gleichzeitig auch ein erschreckendes Zeichen gegen all jene, die sich in ehrenamtlicher und zivilgesellschaftlicher Arbeit bemühen, den Begriff ‚Willkommenskultur‘ mit Leben zu füllen und sich für eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik einzusetzen“, so die Abgeordnete.

Mit dem Asylpaket II soll u.a. die Unterbringung der Flüchtlinge aus den als sicher deklarierten Herkunftsländern bis zur Abschiebung in „besonderen Aufnahmeeinrichtungen“ ohne Bewegungsfreiheit ermöglicht werden, was „rechtsstaatlich höchst fragwürdig ist“. Dies gelte auch für die beschlossenen Leistungskürzungen. „Den Familiennachzug für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz für zwei Jahre aussetzen und dass auch kranke Menschen abgeschoben werden sollen, ist schlicht unmenschlich und gefährdet Menschenleben – das der Frauen und Kinder, die auf gefährliche Fluchtwege geschickt werden, und das der Kranken, die in medizinisch prekäre Verhältnisse zurückkehren müssen.“ ■



Praktische Online-Hilfe für Geflüchtete

Als „ganz praktische Hilfe, sowohl für geflüchtete Menschen als auch für in der Flüchtlingsarbeit Engagierte“, bezeichnete die Flüchtlingspolitikerin Sabine Berninger die neue IT-Plattform-„Thüringen hilft“ (s. oben). Das Besondere sei, dass die Plattform übergreifend gestaltet werde, also neben den für die Flüchtlingsarbeit relevanten Hinweisen und Kontakten auch für Arbeitgeber, Kommunen oder anderweitig Interessierte Informationen z. B. zur Wohnungssuche, Lehrangeboten sowie soziale Angebote enthalte.

„Das Portal www.thueringen-hilft.de soll eine Plattform werden für alle, die Hilfe suchen oder helfen wollen“, so die Abgeordnete. Über 380 Akteure sind bereits registriert. Es gibt die Möglichkeit, Hilfsangebote wie Sachspenden regional einzustellen. Ebenfalls regional einzustellen ist, was gerade benötigt wird. In einem Downloadbereich sind relevante Texte und Dokumente verfügbar, auf einer Kalenderseite können Aktive ihre Veranstaltungsangebote eintragen. ■